GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Umkämpfte Solidaritäten. Einleitung

Bargetz, Brigitte; Scheele, Alexandra; Schneider, Silke

2019

https://doi.org/10.25595/3637

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bargetz, Brigitte; Scheele, Alexandra; Schneider, Silke: *Umkämpfte Solidaritäten. Einleitung*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 28 (2019) Nr: 2, 9–25. DOI: https://doi.org/10.25595/3637.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v28i2.02

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY SA 4.0 Lizenz (Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY SA 4.0 License (Attribution - ShareAlike). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Umkämpfte Solidaritäten

Einleitung

BRIGITTE BARGETZ. ALEXANDRA SCHEELE. SILKE SCHNEIDER

Die Frage nach politischen Solidaritäten ist aktuell so präsent wie umkämpft. Bereits seit längerer Zeit lassen sich im Zuge neoliberaler Transformationen Prozesse beschleunigter Individualisierung sowie Dynamiken staatlicher und gesellschaftlicher Entsolidarisierung beobachten, die teils bestehende Ungleichheiten und Differenzsetzungen verschärfen, teils neue (mit) hervorbringen. Mit den Tendenzen zur Autoritarisierung im globalen Norden werden diese Politiken radikalisiert: wenn sich etwa rechte und rechtspopulistische Bewegungen und Parteien unter nationalistischen und rassistischen Vorzeichen auf Solidarität berufen und diese damit als „exkludierende Solidarität" (Flecker/Altreiter/Schindler 2018, 245) entwerfen.[1] Zugleich sind auch neue Solidarisierungsbewegungen zu beobachten: Transnationale Solidarisierungen im Engagement mit und für Geflüchtete(n) zeugen hiervon ebenso wie transnationale soziale Bewegungen wie #BlackLivesMatter, #NiUnaMenos oder #MeToo.

Es ist daher wenig verwunderlich, dass Fragen nach der Bedeutung und (Neu-)Konzeptionierung politischer Solidaritäten seit einigen Jahren verstärkt auch die sozialwissenschaftliche Forschung beschäftigen (u.a. Stjernø 2005; Scholz 2008; Featherstone 2012; Kneuer/Masala 2015; Adamczak 2017; Große Kracht 2017; Prainsack/Buyx 2017; Bude 2019; Koos 2019). Nicht zuletzt tragen die multiplen Krisenkonstellationen der vergangenen Jahre zu einer neuen Konjunktur des Solidaritätsbegriffs bei, der gewissermaßen als „aus der Krise geborenes Wort für das Verlangen nach Konsensus" (Metz 1998, 180) verstanden werden kann. Nahezu scheint es so, als ob die „relative Randständigkeit des Solidaritätsbegriffs", die Kurt Bayertz (1998, 13) noch vor rund 20 Jahren konstatierte und die insbesondere für die Politikwissenschaft bezeichnend ist (Kneuer/Masala 2015, 8), in den vergangenen Jahren ebenso zahlreich wie ideenreich konterkariert worden wäre. Eine zentrale Rolle spielen dabei feministische, queere und antirassistische Ansätze. Gerade weil die Frage nach den (Un-)Möglichkeiten binnenfeministischer Solidarität die feministischen Auseinandersetzungen seit Jahrzehnten prägt, stellen sie ein instruktives Archiv für Konzeptionierungen von Solidarität dar. Zugleich setzen sich feministische Forschungen in letzter Zeit (wieder) zunehmend – sowohl empirisch als auch theoretisch – mit der umkämpften Frage nach Bündnispolitiken und Möglichkeiten kollektiven Handelns

https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v28i2.02

auseinander (u.a. Hemmings 2012; Dübgen 2014; Feministische Studien 2015; Mertlitsch 2016; Günther 2019; Wiedlack/Shoshanova/Godovannaya 2019).
Doch was ist eigentlich gemeint, wenn von Solidarität die Rede ist? Was genau wird in den sozialwissenschaftlichen Blick genommen, wenn Solidaritäten untersucht werden und worauf zielen feministische und antirassistische Perspektiven auf Solidarität? Offensichtlich ist, dass Solidarität im Sinne von Solidaritätserklärungen mit einer Selbstpositionierung und mit Haltungen und dem Handeln von Individuen, Gruppen und auch Organisationen zu tun hat. Diese erklären sich solidarisch mit unterschiedlich definierten Minderheiten, Marginalisierten, Ausgegrenzten, Diskriminierten, sozial schwachen Menschen oder mit Betroffenen von Hunger, Gewalt oder Krieg. In sozialstaatlicher Perspektive bedeutet Solidarität historisch gleichermaßen die soziale Teilhabe und (politische) Partizipation wie die Einhegung kapitalismuskritischer Kämpfe. Solidarität erscheint dabei als das Gegenteil von Zweckrationalität, d.h. aus solidarischen Haltungen und Handlungen erwächst nicht zwangsläufig ein individueller Nutzen. Rechtsstaatlich gesehen meint Solidarität traditionell Minderheitenschutz und Schutz vor Diskriminierung. Weiterhin besitzt Solidarität eine Prozess- und Handlungsdimension: Wenn Solidarität die Entscheidung für eine bestimmte politische Position, für einen bestimmten politischen Kampf bedeutet, ist es interessant die Bedingungen zu untersuchen und zu identifizieren, die solche Entscheidungen mit hervorbringen. Zugleich rückt so eine normative Komponente von Solidarität ins Licht, die auch mit Blick auf historische Emanzipationskämpfe deutlich wird – Solidarität gegen Macht- und Herrschaftsverhältnisse, Solidarität mit Marginalisierten, Solidarität als Kämpfe für ein allgemeines Wohl.
Solidarität unter Frauen*[2] bildet das Fundament des Feminismus, der als eine ebenso dynamische wie vielfältige Bewegung des Denkens und Handelns mit dem Ziel der Überwindung hierarchischer Geschlechterverhältnisse und vergeschlechtlichter Machtverhältnisse im Kontext eines insgesamt an sozial-emanzipatorischen Zielen und Kriterien orientierten gesellschaftlichen Wandels verstanden werden kann (Kurz-Scherf/Lepperhoff/Scheele 2009). Feminist*innen erklären sich beispielsweise solidarisch mit Frauen*bewegungen, mit feministischen Kämpfen um globale Geschlechtergerechtigkeit und gegen vergeschlechtlichte Gewalt oder mit der Infragestellung hierarchischer Zweigeschlechtlichkeit und den darin eingeschriebenen Begehrensstrukturen und Existenzweisen. Allerdings sind bereits in der Idee einer Solidarität unter Frauen* Konflikte und Widersprüche angelegt: Mitnichten gibt es das *eine* gemeinsame Interesse, den *einen* gemeinsamen Kampf für die *eine* gemeinsame gute Sache. Vielmehr sind Idee und Praxis der Solidarität umkämpft.
Es erscheint uns daher sinnvoll, die Frage danach, wie (feministische) Solidarität zu fassen ist, *erstens* unter der Prämisse zu betrachten, dass politische Positionen, Haltungen und Handlungen nicht deckungsgleich sind, sondern sich im Sinne eines Commitments in einzelnen sozialen Kämpfen Schnittmengen einer „politischen Solidarität" bilden können, so der Begriff, den bell hooks bereits Anfang der 1980er-Jahre vorgeschlagen hat. Solidarität steht nicht ein für alle Mal fest, son-

dern ist ein „stetiges Ringen um Solidarität“ (Fink/Ruppert 2009, 64). *Zweitens* müssen die Bedingungen in den Blick genommen werden, unter denen Solidarität gefordert und Solidaritätsbekundungen geäußert werden, und wie diese jeweils in gesamtgesellschaftliche Machtverhältnisse eingebunden sind. Diese Perspektiven zeigen, dass Solidarität nur im Plural und explizit als „konfligierende“ (Fraser 1994, 159) Solidaritäten gedacht werden kann.
Zur Kontextualisierung der Beiträge dieses Schwerpunktheftes unterscheiden wir im Folgenden in einer begriffs- und forschungsgeschichtlichen Auseinandersetzung analytisch fünf zentrale Momente von Solidarität, die wir als umkämpfte Solidaritäten betrachten. Als solche verweisen sie in unterschiedlichen Gewichtungen und Schattierungen auf vergangene und aktuelle Auseinandersetzungen über das Verständnis von Solidarität und bergen gleichermaßen analytisches wie feministisch-kritisches Potenzial.

Solidarität als Kampfbegriff

> Radical commitment to political struggle carries with it the willingness to accept responsibility for using conflict constructively, as a way to enhance and enrich our understanding of one another, as a guide directing and shaping the parameters of our political solidarity (hooks 1986, 125).

Mit diesen Worten hält bell hooks vor über 30 Jahren[3] in ihrer kritischen Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten feministischer Solidarität bzw. „sisterhood“ fest, dass Solidarität mit Konflikt, Verantwortung und dem Willen zum wechselseitigen Verständnis verbunden ist und im gemeinsamen Kampf – und zwar gegen Patriarchat und Sexismus – zur politischen Solidarität wird. Einen gemeinsamen Kampf betont auch Chandra Talpade Mohanty. Hatte sie in ihrem wegweisenden Artikel „Under Western Eyes“ (Mohanty 1984) feministische Solidarität als postkoloniale Vereinnahmung eines westlichen Feminismus problematisiert – wir kommen darauf zurück –, betont sie Jahre später die Notwendigkeit feministischer Solidarität trotz aller Differenzen und Machtverhältnisse zwischen Frauen* (Mohanty 2003). Solidarische Kämpfe – als antikapitalistische Kämpfe – seien nicht nur angesichts des Siegeszugs des Kapitalismus zentral, sondern auch, weil feministische Positionen durch einen „shift to the right“ (ebd., 508) zunehmend herausgefordert würden.
Solidarität, so zeigt sich hier, kann in gemeinsamen Kämpfen gegen Herrschaftsverhältnisse entstehen, sie ist eine „Antwort auf eine Situation der Ungerechtigkeit oder der Unterdrückung“ (Scholz 2008, 34, Übers. BB/AS/SiS) und bildet zugleich die Voraussetzung für diese Kämpfe. Kurt Bayertz (1998) spricht daher auch von Solidarität als „Kampfbegriff“, wenn sich „Menschen zu einer Gruppe zusammenschließen, um gemeinsam für ihre Interessen einzutreten“ (ebd., 40). Für Sally J. Scholz (2008, 6) ist politische Solidarität auf „active duties of individuals and groups ‚in solidarity‘“ ausgerichtet. Demnach sind nicht die geteilten Erfahrungen von Unterdrückung die notwendige Voraussetzung von Solidarität, sondern vielmehr das

geteilte Ziel der Gerechtigkeit und das gemeinsame Interesse, Ungerechtigkeit zu überwinden.
Dabei spielt die Frage des „radical commitment" (hooks 1986, 125) bzw. des „shared commitment to a cause" (Scholz 2008, 34) eine wichtige Rolle. Politische Solidarität beruht für Scholz damit auch auf Freiwilligkeit, da sie Individuen aufgrund ihres geteilten Commitments zu einem Ziel miteinander verbinde und Verbindlichkeit über Freiwilligkeit hervorbringe: „A commitment to a cause establishes voluntary relations and obligations to that cause" (ebd., 73). Freiwilligkeit ist auch für Bayertz bevorzugtes Verständnis von Solidarität als Kampfbegriff zentral, wenn er festhält: „Es dürfte unstrittig sein, daß von ‚Solidarität' nur dort die Rede sein kann, wo Hilfeleistungen freiwillig und aus einem Grund der Verbundenheit heraus erfolgen" (Bayertz 1998, 37). Solidarität kann aber auch mit starken Erwartungshaltungen innerhalb der Gruppe verknüpft sein, die mitunter so weit gehen, dass eine Verweigerung von Solidarität innerhalb der Gruppe als Verrat betrachtet wird (ebd., 43). Zwei weitere Aspekte kennzeichnen für Bayertz Solidarität als Kampfbegriff: ein „positiver Bezug" auf Ziele und Interessen, die im gemeinsamen Handeln erreicht werden sollen und einen Bezug zu Gerechtigkeit haben (ebd., 44); und ein negativer Bezug auf einen gemeinsamen „Gegner", sei es doch gerade dieser gemeinsamer Gegner, der Solidarität zur „*Kampf*solidarität" (ebd., 41, Herv. i.O.) mache. Während Bayertz die Gleichzeitigkeit beider Aspekte betont, warnt hooks davor, politische Solidarität auf einen gemeinsamen Feind zu beschränken. Ein gemeinsamer Feind oder vielmehr „a false sense of a common enemy" (hooks 1986, 129), reiche für politische Solidarität nicht aus, vielmehr müsse es auch um die Überzeugung und den Einsatz *für* eine Sache gehen, und zwar für einen feministischen Kampf gegen sexistische Unterdrückung.

Institutionalisierte Solidarität

Von Solidarität als Kampfbegriff unterscheiden wir Solidarität in ihren (staatlich) institutionalisierten Formen. Diese Trennung zwischen Solidarität als in Form gegossener Ordnung einerseits und Solidarität als politischer Praxis und Bewegung, als Handlung und Entscheidung, andererseits mag auf den ersten Blick irritieren, prägt jedoch explizit oder implizit zahlreiche Debatten um den Begriff. So etwa, wenn Freiwilligkeit zu einem zentralen Moment politischer Solidarität erklärt wird, die im Fall institutionalisierter Solidarität z.B. in der Form des Sozial- und Wohlfahrtsstaates nicht gegeben ist. Scholz (2008, 27ff.) schlägt für diese Form institutionalisierter Solidarität daher den Begriff der (staats-)bürgerlichen Solidarität vor („civic solidarity") im Unterschied zu politischer Solidarität, die auf Freiwilligkeit beruht. Für (staats-)bürgerliche Solidarität ist die Verpflichtung des Staates gegenüber den Staatsbürger*innen zentral, hier werden jene Verletzbarkeiten aufgegriffen, die Personen daran hindern, am öffentlichen Leben teilzuhaben (ebd., 27). Bayertz (1998, 36) hält hingegen die „Legitimation des Sozialstaats durch Solidarität" für „(g)änz-

lich unplausibel“. Vielmehr werde Solidarität durch ihre Institutionalisierung zur „Quasi-Solidarität“, da das Prinzip, wonach Solidarität auf einer „emotionalen Verbundenheit der Beteiligten“ ebenso beruht wie auf konkreten „Hilfeleistungen“ und einem „gewissen Engagement“ (ebd., 37), keine Anwendung mehr finde.

Davon zu unterscheiden sind jene Ansätze, für die eine institutionalisierte Solidarität keinen Widerspruch darstellt. Angelika Poferl (2006) zeigt, dass Solidarität auch eine „*politisch-institutionelle* Fassung“ (ebd., 315; Herv. i.O.) im Sozial- und Wohlfahrtsstaat hat, „in dem die kollektive Absicherung gegen soziale Risiken der Marktabhängigkeit sowie der Aspekt der Hilfe für sozial schwächere Mitglieder einer Gesellschaft (bzw. ‚Gemeinschaft‘) in den Vordergrund tritt“ (ebd.). Eva Kreisky (1999) problematisiert sogar ein Verständnis von Solidarität, das auf einen „bloßen moralischen Verhaltensbegriff eingeengt“ wird, da ein solches „ohne Reflexion ihres jeweiligen Ökonomie-, Staats- und Politikbezugs zwangsläufig diffus“ (ebd., 59f.) bleiben müsse. Für sie ist Solidarität vielmehr eines der „institutionellen wie ideellen Scharniere“ im Übergang zu „modernen Gesellschaften“, Solidarität verweise gleichermaßen auf „Zusammenhalt“ wie auf die „moralische Beschaffenheit von Gemeinschaften“ (ebd., 62). Nicht zuletzt habe sich Solidarität „vor allem als Währung für soziale und ökonomische Konfliktverhältnisse herausgebildet“ (ebd., 70). Bei dieser Form von Solidarität geht es also um das, was Sabine Hark, Rahel Jaeggi, Ina Kerner, Hanna Meißner und Martin Saar (2015) als Ausdruck eines „umkämpften Allgemeinen“ an der Schnittstelle zu einem „neuen Gemeinsamen“ oder als neue Formen von „Gemeinschaftlichkeit“ beschreiben (ebd., 100f.). Auch wenn Staat oder Staatlichkeit in ihren Ausführungen keine Erwähnung finden, scheinen sie zumindest implizit einen Platz einzunehmen, wenn sie ausführen, dass „‚das‘ Allgemeine, das Allgemeinwohl, die *volonté générale* ist, was uns allen gemeinsam ist, wer Teil des Allgemeinen ist, und nicht zuletzt, wer das ‚wir‘ ist, das über diese Fragen entscheidet, dürfte (…) die wohl umstrittenste Frage heutiger Demokratien sein“ (ebd., 99).

Dabei gilt dieses (politisch institutionalisierte) Allgemeinwohl nicht erst seit den neoliberalen Tendenzen der Ökonomisierung, Individualisierung und Fragmentierung als umkämpft. Als politisch-rechtliche Vorstellung wurde Solidarität nicht nur in den Sozial- und Wohlfahrtsstaat eingeschrieben, sondern seit dem 19. Jahrhundert auch in innerstaatliche „Solidargemeinschaften wie Sozialversicherungen und Gewerkschaften“ (Kreisky 1999, 76) sowie in überstaatliche bzw. supranationale Zusammenschlüsse und Institutionalisierungen übersetzt. Gerade aufgrund ihrer „integrierenden und harmonisierenden Bedeutung“ sollte Solidarität nicht nur eine „populäre Waffe“, sondern mehr noch ein „Allheilmittel“ (ebd., 62) gegen einen zutiefst unmenschlichen und ungerechten Kapitalismus sein. Mit der Einführung und Durchsetzung des Sozial- und Wohlfahrtsstaates wurde Solidarität zugleich zu einem institutionalisierten und verrechtlichten Mittel „gegen ungerechte Effekte kapitalistischen Wirtschaftens“ (ebd., 30) und, wie Eva Kreisky vielschichtig deutlich macht, zum „maskulin ausgestalteten Sozialstaat“ (ebd.) institutionalisiert. Um die

darin eingelagerte vergeschlechtlichte Erwerbszentrierung aus feministischer Perspektive zugleich zu kritisieren und zu konterkarieren, schlägt Birgit Sauer (2013, 126) den Begriff der „Solidaritätsweise“ vor, mit dem gleichermaßen Sorgetätigkeiten und affektive Arbeit berücksichtigt und institutionalisierte Solidarität feministisch erweitert werden kann. Auch in der Geschichte der Gewerkschaften war ein maskulinistischer Bias zentral: Die Solidarität galt in erster Linie dem männlichen, *weißen* Industriearbeiter (für eine alternative Allianz vgl. den Beitrag von Nüthen in diesem Heft). Seine Interessen wurden vertreten und gegebenenfalls auch gegen andere Gruppen von Arbeiter*innen in Stellung gebracht.
Als europäische Solidarität zeigt sich der Solidaritätsgedanke spätestens ausgehend von der Heiligen Allianz 1815 (Schmale 2017) und kulminiert in den Ideen einer europäischen (ökonomischen) Solidargemeinschaft, eines „„europäischen Solidaritätsmodells‘ (Poferl 2006, 312) bzw. eines „Projekt(es) der Integration und Gemeinschaftsbildung“ (ebd., 316), von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) über die Europäische Gemeinschaft (EG) bis zur Europäischen Union (EU). Obgleich der Bezug auf Solidarität keineswegs den Anfängen der EWG entspricht, besitzt die Heraufbeschwörung von Solidarität „eine hohe symbolische Kraft“ für das europäische Projekt (ebd., 317): „Konstruiert wird, zumindest in ‚europafreundlichen‘ Diskursen, ein Europa des ‚Wir‘ – des solidarischen ‚Wir‘“ (ebd., 316). Es überrascht von daher nicht, dass es die ‚europäische Frage‘ ist, die gegenwärtig den Begriff der Solidarität auf die Tagesordnung politischer Diskurse setzt (Schmale 2017; Koos 2019; vgl. auch den Beitrag von Gebhardt in diesem Heft). Diese diversen Formen der Institutionalisierung und die damit verbundenen Ausschlüsse machen deutlich, dass Solidarität eine in mehreren Hinsichten ambivalente „Währung“ (Kreisky 1999, 70) ist.

Solidarität als Gemeinsames in Differenz

Wird Solidarität als Idee des Teilens, der Gemeinschaftlichkeit und des Gemeinsamen begriffen, stellt sich die Frage, wie dieses Gemeinsame gedacht wird. Vor allem die Auseinandersetzungen um feministische Solidarität und Differenzen zwischen Frauen* führten dazu, die Idee feministischer Schwesterlichkeit, „sisterhood“, die vorwiegend ab den 1960er-Jahren für einen gemeinsamen Kampf von Frauen* stark gemacht wurde, zu problematisieren. Ein Kritikpunkt war, dass sich die viel beschworene Solidarität auf der Basis eines Gemeinsamen häufig als Kompliz*innenschaft mit Herrschaftsstrukturen von Seiten jener erwies, die sich solidarisch erklärten. Gerade in den Debatten zu transnationaler Gerechtigkeit und Menschenrechten wird Solidarität dann schnell, so zeigten und zeigen postkoloniale Auseinandersetzungen eindrücklich, zu eurozentrischen und paternalistischen Überlegenheitsgesten (z.B. Spivak 1988; Kapur 2014), die bis in die Gegenwart in Theorien und Praxen relevant bleiben (vgl. auch den Beitrag von Klapeer in diesem Heft). Insofern muss es vielmehr um eine Problematisierung einer „unkritischen Solidarität

sowie essentialistischer Diskurse zu globaler Gerechtigkeit und Menschenrechten“ (Dhawan 2009, 53) gehen.

Um die (Un-)Möglichkeiten politischer Solidarisierung unter Frauen* auszuloten, sind die Beiträge von bell hooks, Chandra Talpade Mohanty oder Gayatri Chakravorty Spivak zentral. Sie kritisieren auf unterschiedliche Weise die Unterstellung eines feministischen Gemeinsamen, eines feministischen ‚Wir‘; erweist sich dieses doch häufig als hierarchisch gegliedertes Gemeinsames. Vor allem die Annahme eines geteilten Opferstatus als Effekt patriarchaler Herrschaft wird dabei radikal in Frage gestellt und als Moment und Modus der Viktimisierung entlarvt. Mohanty (1984) kritisiert die westlich-feministische Wissensproduktion als eurozentrisch, da diese in ihren Auseinandersetzungen mit „Dritte-Welt-Frauen“ – eine Bezeichnung, die sie 2003 durch den Begriff der „Two-Thirds World Women“ ersetzen wird – Narrative der Viktimisierung generieren und damit auch fehlende Handlungsmacht suggerieren. Unterstellt werde eine kohärente Gruppe von Zwei-Drittel-Welt-Frauen, die alle als gleichermaßen abhängig, ohnmächtig, unterdrückt und Opfer patriarchaler Verhältnisse imaginiert würden. Artikuliert werde damit jedoch eine „falsche Universalität eurozentrischer Diskurse“ (Mohanty 2003, 504; Übers. BB/AS/SiS), ein „ethnozentrischer Universalismus“ (Mohanty 1984, 336; Übers. BB/AS/SiS) bzw. ein „methodologischer Universalismus“ (ebd., 346; Übers. BB/AS/SiS). Knapp 20 Jahre später betont Mohanty in einer neuerlichen Reflexion ihres Beitrages und der daran anschließenden Auseinandersetzungen, dass sie feministische Solidarität keineswegs generell in Abrede stellen will. Differenzen zwischen Frauen* gilt es nicht einzuebnen, sondern vielmehr als Möglichkeitspraxen und -räume zu begreifen:

> The challenge is to see how differences allow us to explain the connections and border crossings better and more accurately, how specifying difference allows us to theorize universal concerns more fully. It is this intellectual move that allows for my concern for women of different communities and identities to build coalitions and solidarities across borders (Mohanty 2003, 505).

Differenzen stellen somit gerade ein Potenzial für Koalitionen und Solidaritäten dar. Es geht um solidarische Kämpfe als kontextualisierte, historisch-spezifische Kämpfe und dabei insbesondere um antikapitalistische Kämpfe. Ziel müssen für Mohanty „informed, self-reflexive solidarities among ourselves“ (ebd., 530) sein. Ähnlich hatte Jahre zuvor auch bell hooks (2000, 13) trotz aller Problematiken und Kritiken an einem feministischen ‚Wir‘ verkündet: „(S)isterhood is still powerful“. Solidarität ist dieser Sichtweise zufolge also Verbundenheit trotz Differenz (vgl. auch den Beitrag von Leinius in diesem Heft) oder sogar wegen Differenz (Kreisky 1999, 55). Solidarität wird hier nicht als Identitätsprinzip gedacht, sie legt nicht Einheit, sondern vielmehr Pluralität nahe, wie auch Amy Allen (1999) mit Bezug auf Hannah Arendts Begriff von Pluralität deutlich macht. So könne Arendts Annahme, wonach zwar alle gleich seien, nämlich menschlich, jedoch auf jeweils unterschiedliche Art und Weise (ebd., 105), gerade für ein Verständnis von Solidarität „after

identity politics“ (ebd., 97) produktiv gemacht werden. Solidarität ist dann nicht die Grundlage, sondern vielmehr das Ergebnis eines Prozesses, „the result of concerted action, rather than (…) a pre-given, fixed and, hence, repressive identity“ (ebd., 106). Differenzen zu respektieren ebenso wie Dissens und „shared commitment“ zeichnet auch Jodi Deans (1995) Verständnis reflektierender Solidarität, „reflective solidarity“, aus, in dem sie „mutual expectation, responsibility and orientation toward relationship“ (ebd., 123) in den Mittelpunkt rückt. Carol C. Goulds (2007) Ansatz der „transnational solidarities“ bezieht ihre Vorstellung von Intra-Gruppenbeziehungen (ebd., 149) auf „shared commitment to justice“ und „elimination of suffering“ (ebd., 156). Dabei, so Gould, lässt sich ein Konzept von Solidarität denken, das sich auch auf Beziehungen zu anderen in der Distanz stützt. Sie bezeichnet dies als Netzwerk-Solidarität, um Solidarität über nationalstaatliche Grenzen hinweg denkbar zu machen (ebd., 150) – ohne allerdings die Debatten und Problematisierungen postkolonialer und Schwarzer Feminismen zu transnationaler Solidarität zu berücksichtigen. Von einem „neuen Gemeinsamen“ sprechen Hark et al. (2015, 101) und meinen damit „neue Gemeinschaftlichkeitsformen und -praktiken“ in aktuellen sozialen Bewegungen, die die „Idee eines Teilens und wesentlich Geteilten, eines Verbindenden“ in den Mittelpunkt rücken. Politische Solidarität bedeute dann auch, Solidarität „nicht aus den besonderen Eigenschaften der Anderen oder besonderen Erfahrungen mit ihnen abzuleiten, sondern aus dem, was wir mit ihnen teilen, ohne dass es uns oder ihnen alleine gehört“ (ebd., 99). Die Frage danach, wie Solidarität als Gemeinsames entsteht, schließt damit die Perspektive auf die Vielfältigkeit und Differenziertheit politischer Subjekte mit ein.

Wird Solidarität als das Ringen um das Gemeinsame begriffen und nicht automatisch mit Zugehörigkeit oder gemeinsamer Identität in Verbindung gebracht, dann erweitert sich der Blick auf Solidarität als dynamischem Prozess, als Prozess, der sich jeder Festschreibung und jeder Fixierung auf eine feststehende Form von (global) sisterhood entzieht. Bereits in den 1980er-Jahren sah Audre Lorde (1983) die Tücken einer Politik, die auf Identitäten beruht, in der Gefahr, einer „hierarchy of oppression“ Vorschub zu leisten, eine Gefahr, die Elizabeth S. Martínez (1998, 5) Jahre später pointiert als „oppression olympics“ bezeichnete. Die Kritik an und Abgrenzung von einem Identitätsprinzip als Grundlage, Ausdruck oder Ziel von Solidarität hat also eine lange feministische Tradition (vgl. auch die Beiträge von Nüthen und Achtelik in diesem Heft). Angesichts dieser jahrzehntelangen Auseinandersetzungen ist es umso erstaunlicher, oder vielmehr bedenklicher, dass in letzter Zeit Identitätspolitiken – die dann auf die ‚neuen‘ sozialen Bewegungen des 20. Jahrhunderts und insbesondere auf feministische, queere und antirassistische Bewegungen zurückgeführt werden – zur „ubiquitären Chiffre für die Probleme der Linken und ihrer Verantwortung für den Erfolg der Neuen Rechten avanciert“ (van Dyk 2019, 25).

Solidarität als Daseinsbegriff

Solidarität meint auch eine Form der allgemeinen Verbundenheit und damit eine bindende sowie interdependente Kraft, es ist eine „Verbundenheit aller Menschen untereinander" (Bayertz 1998, 19). Für Jodi Dean (1995) beruhen solidarische Beziehungen auf wechselseitiger Sorge im doppelten Wortsinn, als Sorge für und um jemanden. Im Rahmen dieser Beziehungen stellen die Beteiligten ihre eigenen Interessen zurück und rücken stattdessen die physischen, emotionalen und psychischen Bedürfnisse der Anderen ins Zentrum (ebd., 115). Dean betont hier die wechselseitige Verantwortung für geteilte Beziehungen durch das Einlassen auf eine gegenseitige Verletzbarkeit (ebd., 133). Dies bezeichnet Judith Butler (2016, 144) mit dem Begriff der „precariousness". Gemeint ist damit „die Tatsache, dass wir immer schon, von Anfang an, von einer Welt der anderen abhängig sind, dass wir in und von einer sozialen Welt konstituiert werden" (ebd.). Es handelt sich also um die Bedingung des (menschlichen) Lebens. Zwar sind Gefährdung, Schutzlosigkeit, Verletzlichkeit und Abhängigkeit allen Lebewesen eigen, doch steuern die politischen und sozialen Bedingungen den konkreten Grad des Prekärseins: Es wird politisch und gesellschaftlich entschieden, welches Leben als schützenswert gilt und welches nicht, welches Leben betrauert wird und welches nicht. Butler geht davon aus, dass die Fähigkeit zum (politischen) Handeln erst durch die Anerkennung der wechselseitigen Abhängigkeit und über die Anerkennung des Zustandes des Prekärseins entwickelt werden könne und sieht hier auch Anknüpfungspunkte für gesellschaftliche Bündnisse:

> Das (Erkennen sozial erzeugter Prekarität; Erg. BB/AS/SiS) schafft die Möglichkeit, jene individualisierende und unerträgliche Form der Verantwortung zu demontieren und an ihre Stelle ein Ethos der Solidarität zu setzen, das die wechselseitige Abhängigkeit und die Angewiesenheit auf funktionierende Infrastrukturen und soziale Netzwerke bejaht und den Weg für eine Form von Improvisation öffnet, während es kollektive und institutionelle Möglichkeiten ersinnt, um das Problem der forcierten Prekarität anzugehen (ebd., 33).

Die Anerkennung von und das Einlassen auf Verletzbarkeit und wechselseitiges Angewiesensein sind dann auch ein Gegenpart zur Figur des autonomen, unversehrten, rationalen *weißen* Subjekts bürgerlich-maskulinistischer Prägung, die westlich-modernen Vorstellungen von Demokratie und Staatlichkeit zugrunde liegt.
In seiner Auseinandersetzung mit Solidarität und damit mit der, so der Untertitel seines Buches, „Zukunft einer großen Idee", verkündet Heinz Bude (2019) optimistisch, dass „die wechselseitige Bezogenheit der Menschen von Anfang an und von Grund auf ermöglicht (…), dass wir alle und füreinander freie und gleiche Bürger werden können" (ebd., 30). Sozialität beinhaltet Solidarität, da nur Anteilnahme, Verständigung und Rücksichtnahme ein Miteinander ermöglichen, überall, wo Gesellschaft ist, gibt es auch Solidarität (ebd.). Dies ist auch der Ausgangspunkt von Emile Durkheim (2012/1902, 201), der mit dem Begriff der Solidarität den allgemei-

nen Zusammenhalt der Gesellschaft erklären will. Während die „mechanische Solidarität" traditioneller Gesellschaften auf Ähnlichkeiten und Übereinstimmungen im Bewusstsein der Individuen beruht, sei die „organische Solidarität" moderner Gesellschaften das Ergebnis der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der damit einhergehenden funktionellen Differenzierung (ebd., 182f.): Die Gesellschaftsmitglieder sind aufeinander angewiesen, wobei Durkheim das Bild des Körpers mit den für den gesamten Organismus notwendigen Organen bemüht (ebd., 232).

Bezeichnenderweise spricht Kurt Bayertz (1998, 15) nicht nur von Solidarität als Verbundenheit, sondern verwendet dafür den Begriff der „allgemeine(n) Brüderlichkeit" – auch wenn er in Klammern, offenbar eher widerstrebend, hinzufügt: „oder, wenn man will: der Schwesterlichkeit". Brüderlichkeit, die im Leitspruch der Französischen Revolution Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit zum Ausdruck kommt, ist dabei nicht nur der Vorläufer von Solidarität, sondern gleichsam die „Zielformel politisch-demokratischer Ordnungen" und ein Fundament von Demokratie (Kreisky 1999, 40). An diesem Verständnis der Brüderlichkeit wird deutlich, dass in der Begriffsgeschichte von Solidarität, wie Eva Kreisky betont, der maskulinistische Subtext dechiffriert werden muss. Solidarität galt als Idee unter Brüdern, als aristotelische Konzeption einer Politik der Freundschaft, die Frauen und ‚Fremde' ausgeschlossen hat bzw. darüber hinaus und de facto eine „Politik der Feindschaft" (Mbembe 2017) war bzw. ist. Über Grenzziehungen, Differenzsetzungen und Hierarchisierungen wurde bzw. wird die Figur des ‚Anderen' konstruiert und zwischen Bürgern und ‚Anderen' bzw. jenen mit und jenen ohne Rechte unterschieden (Kerner 2019, 207f.).

Mit der Brüderlichkeit rückt auch die Schwesterlichkeit in den Blick. So verteidigt bell hooks (1986) die Idee der „sisterhood" gerade vor dem Hintergrund der (essentialistischen) Annahme bzw. des diskursiv präsenten Vorurteils, dass Frauen vermeintlich konkurrenzorientiert, individualistisch und unsolidarisch seien. Die Auffassung von „woman-to-woman relationships as characterized by aggression, contempt, and competitiveness" (ebd., 130) ist für hooks Teil eines vorherrschenden Maskulinismus bzw. Sexismus: „It is sexism that leads women to feel threatened by one another without cause (…)" (ebd., 129). Schwesterlichkeit meint dann keine Essenz, keine Wesensbestimmung des Daseins, sie ist ein politischer Kampfbegriff, mit dem auf die maskulinistische und sexistische Prägung von Solidarität im Sinne von Brüderlichkeit aufmerksam gemacht wird. Insofern ist hooks Forderung nach „sisterhood" auch eine kontextbezogene Intervention.

Die Herausforderung besteht also darin, sowohl den maskulinistischen und eurozentrischen Subtext aktueller Auffassungen von Solidarität freizulegen, als auch davon ausgehend Solidarität als Teil von Gesellschaft und Emanzipation anders und neu zu denken. In diesem Sinne plädieren Ingrid Kurz-Scherf, Julia Lepperhoff und Alexandra Scheele (2009) für ein feministisch-emanzipatorisches Projekt, das Gleichheit „schwesterlich mit Freiheit und Solidarität verbindet" (ebd., 293). Bini Adamczak (2017) argumentiert für eine Reformulierung des Verhältnisses von Freiheit

und Gleichheit unter Einbeziehung von Solidarität als „Beziehungsweise". Denn „Solidarität ohne Gleichheit führe in den Paternalismus, Solidarität ohne Freiheit in Loyalität und repressive Vergemeinschaftung" (ebd., 284).

Affektive Solidarität

Schließlich verweist Solidarität auch auf eine affektive Dimension, die gleichermaßen umkämpft ist. Hannah Arendt (1994, 113) beispielsweise begreift Solidarität als „der Vernunft teilhaftig" und mithin als das Gegenteil von Mitleid. Solidarität sei das Vernünftige, das politisch Wirkmächtige, im Unterschied zum prekären, sentimentalen und letztlich unpolitischen Gefühl des Mitleids. Für Franziska Dübgen (2014, 246) ist der Modus der Einfühlung für solidarische Praxis zwar wichtig, jedoch nicht ausreichend, um gemeinsames Handeln zu begründen. Gefühle würden Gefahr laufen, auf Missverständnissen zu beruhen, sie seien identitätsbasiert und machtvergessen, weswegen Dübgen für eine postkoloniale Welt „weg von einem *affektiven* und hin zu einem *reflexiven*, postkonventionellen Solidaritätsbegriff" plädiert (ebd., 246; Herv. i.O.). Solidarität ist dann eine „erfahrungsgenerierende ‚Praxis'" (ebd., 263), ein „reflexives Wir" als „offenes diskursives Geflecht" (ebd., 264).
Auch für Jodi Deans (1995) Ansatz einer reflektierenden Solidarität ist affektive Solidarität in ihrem Bezug auf intime Beziehungen der wechselseitigen Sorge und Besorgtheit zu engmaschig: zum einen, weil sie auf der Unmittelbarkeit der Bindungen untereinander aufbaue (ebd., 115), zum anderen, weil Solidarität als Gefühl nicht abstrakt kommuniziert werden könne (ebd., 116). Allerdings will Dean affektive Dimensionen für ihren Begriff reflektierender Solidarität nicht völlig ausblenden, sondern sie vielmehr in Erwartungen übersetzen. Dies bedeutet das Respektieren von Differenz, Interdependenz und fundamentaler Reziprozität, also die Anerkennung von und das „attunement" zu wechselseitiger Verletzbarkeit (ebd., 133).
Damit deutet Dean bereits auf jene Ansätze hin, die seit einigen Jahren Affektivität als Modus von Solidarität stark machen (vgl. auch die Beiträge von Moisi und Franke/Wember in diesem Heft). Solidarität meine, so betonen Hark et al. (2015, 99), eine Konstellation, in der es um moralische Ansprüche und politische Rechte, aber ebenso um affektive Bindungen gehe. Die affektive Dimension von Solidarität ist auch für Bini Adamczaks (2017) Vorschlag zentral, Solidarität als Beziehungsweise (neu) zu denken. Solidarität sei auch ein Gefühl, es ist „weder eine theoretische Forderung noch eine bloße Funktion des Kampfes, sondern *dasjenige, um dessentwillen Revolutionen gemacht werden*" (ebd., 259, Herv. i.O.). Solidarität meint also auch affektive Bindungen und sorgende Beziehungsweisen ebenso wie die Sehnsucht nach veränderten, nach neuen Beziehungsweisen.
Affektive Solidarität muss also nicht notwendigerweise das Gegenteil feministischer Reflexivität und politischer Solidarität sein, sondern kann auch zu deren Grundlage werden. Hierfür ist es zentral, ein Verständnis von Gefühlen als (vergeschlechtlichtes, rassisiertes und klassisiertes) ‚Anderes' der Vernunft ebenso zu problematisieren wie

eine „affektive Anerkennungspolitik", die als moralischer Absicherungsmechanismus privilegierter Personen unter dem Deckmantel von Empathie letztlich in einem individualisierenden Modus verhaftet bleibt (Bargetz 2014, 126ff.). In diesem Sinne macht Clare Hemmings (2012) nicht Sorge und Besorgtheit zum Ausgangspunkt affektiver Solidarität, es geht nicht primär um positive Affekte, sondern vielmehr um affektive Dissonanz, „affective dissonance" (ebd., 154) (vgl. auch den Beitrag von Franke/Wember in diesem Heft). Im Unterschied zu Adamczak verweist Hemmings also nicht auf neue Beziehungsweisen politischer Solidarität, sondern auf Gefühle und Gefühlweisen als affektiv-körperlicher Ausdruck politischer Ungleichheitsverhältnisse (Bargetz 2014, 121ff.). Denn Unterschiede zwischen Frauen* werden auch durch Affekte markiert (Hemmings 2012, 156). Affektive Dissonanz könne, müsse jedoch nicht politisierend sein: „That sense of dissonance might become a sense of injustice and then a desire to rectify that" (ebd., 157). Gemeint ist die Erfahrung und Kraft des Unbehagens als potenzielle, jedoch keineswegs notwendige Basis feministischer Solidarität und Reflexivität. Affektive Dissonanzen können ein Urteil konstituieren und mithin ein potenzielles Moment von Solidarität und Veränderung sein. „That moment of affect – anger, frustration, or even rage – that I want to claim as the core of transformation is of course an unstable entity and its impact cannot be controlled" (ebd.). Affektive Solidarität verweist also nicht auf eine geteilte Identität oder auf die Annahme, zu wissen, wie sich andere fühlen, sondern darauf, so Hemmings, aus der Erfahrung des Unbehagens auch eine Sehnsucht nach Veränderung zu spüren, zu fühlen (ebd., 158).
Eine solche Politik der Solidarität beruht daher auf Dialog ebenso wie auf Grenzen, Konflikten und Dissens. Affektive Dissonanz, Unbehagen und Wut können gleichsam zur Basis für transformative feministische Solidarität werden und als Artikulation und Kommunikation von Ärger zum Potenzial für feministische Allianzen:

> (A)nger expressed and translated into action in the service of our vision and our future is a liberating and strengthening act of clarification, for it is in the painful process of this translation that we identify who are our allies with whom we have grave differences, and who are our genuine enemies. Anger is loaded with information and energy (Lorde 1984, 127).

Umkämpfte feministische Solidaritäten

Die Beiträge des Heftes[4] berühren in theoretischer und empirischer Hinsicht in unterschiedlicher Weise die skizzierten Momente umkämpfter Solidarität. Sie beschäftigen sich mit Fragen nach dem Inhalt solidarischer Kämpfe sowie mit dem Prozess der Solidarisierung und stecken damit den Grund ab für (neue) feministische Solidaritäten *in* der Differenz und auch *im* Konflikt.
Bedingungen, Verlauf und Folgen der Solidarisierung queerer Aktivist*innen mit der Arbeiter*innenbewegung in den Arbeitskämpfen in Großbritannien der 1980er-Jahre nimmt *Inga Nüthen* in ihrem Beitrag in den Blick. Am historischen Fallbeispiel

von Lesbians and Gays support the Miners (LGSM) illustriert sie die Möglichkeit politischer Solidarisierung jenseits von Differenzen und fasst dabei Solidarität zugleich als Prozess und Utopie eines entstehenden Gemeinsamen. Damit werden nicht nur Assoziationen zum Prozess der Solidarisierung als Identifikation geweckt, wie er im Hinblick auf die historische Herausbildung der englischen Arbeiter*innenklasse in der Perspektive der Cultural Studies beschrieben wird. Ebenso werden jene (historischen und aktuellen) Annahmen in Frage gestellt, die von einer sich wechselseitig ausschließenden Gegenüberstellung von Klassen- und Sexualitätspolitiken ausgehen.

Den Aspekt des Spannungsverhältnisses und die Möglichkeiten der Solidarität zwischen Frauen- und Behindertenbewegungen untersucht *Kirsten Achtelik*. An unterschiedlichen Haltungen feministischer Akteur*innen in der Bundesrepublik der 1980er-Jahre zu Abtreibung, eugenischer Indikation und Techniken der pränatalen Diagnostik zeichnet sie Artikulationsformen von Konflikt und Solidarisierung nach und fragt, wie binnenfeministische Dialoge eröffnet werden. So machte die Behindertenaktivistin Swantje Köbsell nichtbehinderten Feministinnen ein Dialogangebot, sie setzte auf reflektierende, kommunikative Solidarität. Die militante Gruppe Rote Zora versuchte mit einer proaktiven Solidarität dazu beizutragen, im Feminismus den Raum für Reflexion und Dialog zu erweitern. Solidarität in und zwischen sozialen Bewegungen, so zeigt Achtelik, ist nichts Selbstverständliches, sie muss vielmehr hergestellt und erkämpft werden. Solidarität als Angebot – das auch ausgeschlagen werden kann bzw. wird.

Mareike Gebhardt analysiert in ihrem Beitrag die Rolle von Solidarität im Kontext der europäischen Migrationspolitik. Während einerseits durch die Dublin-Verordnungen eine zweifache Entsolidarisierungsbewegung innerhalb der Europäischen Union (EU) zu beobachten ist, werden in der Kritik daran und an den dadurch verursachten prekären Lebensbedingungen der Migrant*innen andererseits auch neue Solidaritätsräume artikuliert. Mit Hilfe radikaldemokratietheoretischer Ansätze analysiert sie die politische Präsenz von Geflüchteten am Beispiel der Gruppe „Lampedusa in Hamburg" und zeigt, wie sich die darin Aktiven das Recht der Präsenz gerade dort nehmen, wo sie formal juristisch nicht präsent sein dürfen – und wie sie damit zugleich die Mechanismen des europäischen Migrationsregimes herausfordern.

Dass über das Konzept der Solidarität im Feld der internationalen Entwicklungszusammenarbeit bestehende Machtasymmetrien nicht nur verdeckt, sondern geradezu hergestellt werden, ist Gegenstand von diversen kritischen Auseinandersetzungen. Inwieweit diese ohnehin vorhandene Ambivalenz verstärkt wird, wenn die finanzielle Hilfe der Geberstaaten und -institutionen an zu erfüllende (geschlechterpolitische) Bedingungen der Empfängerstaaten und -institutionen geknüpft wird – selbst dann, wenn es sich bei diesen Bedingungen um die Einhaltung bestimmter demokratischer Werte, Rechtsnormen oder Anti-Diskriminierungspolitiken handelt – zeigt der Beitrag von *Christine M. Klapeer* am Beispiel von LGBTIQ*-Rechten. Sie argumentiert, dass die Politik der Länder im globalen Norden im Rahmen ihrer

entwicklungspolitischen Programme und Maßnahmen der Vorstellung eines sexuellen Exzeptionalismus folgen, der dazu dient, die eigene moralische Überlegenheit gegenüber den Ländern des globalen Südens festzuschreiben.
Johanna Leinius untersucht in ihrem Beitrag die Un/Möglichkeiten von grenzüberschreitender politischer Solidarität. Dabei dienen ihr zwei Treffen zwischen Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen gegen Neoliberalismus, Extraktivismus und Patriarchat in der peruanischen Hauptstadt Lima als empirische Basis, um der Frage nachzugehen, inwieweit bei diesen Treffen Differenzen weniger als trennendes Hindernis, sondern vielmehr als Bereicherung wahrgenommen wurden – und als wichtiger Faktor, um zu einer feministischen Solidarität als transformativer Praxis zu gelangen. Anknüpfend an den ontological turn in der Anthropologie argumentiert Leinius, dass Gemeinsamkeit nicht auf Gleichartigkeit beruht, sondern Ergebnis von heterogenen unabgeschlossenen Kämpfen über geteilte Identitäten, von einem Austausch über bislang unkartierte Gemeinsamkeiten und kollektiven Imaginationen ist.
Der Aspekt des solidarischen, nachhaltigen Wirtschaftens ist Gegenstand des Beitrags von *Esther M. Franke* und *Carla Wember*. Sie zeigen anhand der Ergebnisse einer Studie zu einem Ernährungsnetzwerk in Toronto, wie es in kollektiv geteilten, transnationalen Räumen zu Solidaritäten unter Frauen jenseits von Identitätspolitiken kommt. Problematisierungen geteilter lebensweltlicher Anliegen rufen, so ihr Argument im Anschluss an Hemmings, affektive Dissonanzen hervor. Diese würden daran deutlich, dass für einige materialisierte Ungleichheiten akzeptierte Deutungsangebote bestehen – im Fall des Ernährungsnetzwerks rassistisch produzierte (ökonomische) Marginalisierung –, die damit die Bildung von Solidaritäten ermöglichen, während die Verbindung, Naturalisierung und Abwertung von Weiblichkeit mit Sorge zwar diffus gefühlt, jedoch nicht eingeordnet werden kann.
Laura Moisi macht in ihrem Beitrag einen Vorschlag, wie anhand unterschiedlicher literarischer, filmischer und autobiografischer Schilderungen von sexualisierter Gewalt Solidarität als narrative Allianz und als Form struktureller Verwandtschaft begriffen werden kann. Es ist die geteilte, die ähnliche, aber dennoch individuelle Erfahrung. Unterschiede im Erleben werden nicht eingeebnet, um eine größere Gemeinsamkeit herzustellen, sondern diese Gemeinsamkeit besteht schon in der – retrospektiv geteilten – Erfahrung der Ohnmacht, die ihre Basis in vergeschlechtlichten, sexistischen gesellschaftlichen Machtverhältnissen hat und zugleich als retrospektive Zeug*innenschaft zum Moment von Handlungsmächtigkeit werden kann.
Insgesamt veranschaulichen die Beiträge, dass Solidarität in ihrer ganz unterschiedlichen inhaltlichen und begrifflichen Fassung umkämpft bleibt und damit die sozialwissenschaftliche Analyse von Solidarisierungsprozessen dauerhaft herausfordert. Unser Vorschlag, fünf Perspektiven auf (umkämpfte) Solidaritäten zu unterscheiden und dabei das Innovative feministischer Ansätze hervorzuheben, soll zum analytischen und kritischen Potenzial des Begriffs der Solidarität(en) beitragen. Anhand der in den Beiträgen vorgestellten Forschungen zeigt sich zugleich, dass es gerade die Auseinandersetzungen, der Streit um Solidaritäten, und das Commitment sind,

die gemeinsames politisches Handeln auch im Sinne „widerspenstiger Praktiken" (Fraser 1994) ermöglichen und das Fundament für die Überwindung von herrschaftlich geformten Geschlechterverhältnissen und geschlechtlich fundierten Macht- und Herrschaftsverhältnissen legen.

Anmerkungen

1 Jörg Flecker, Carina Altreiter und Saskia Schindler (2018) sprechen im Projekt „Solidarität in Zeiten der Krise" (2016-2019, https://www.socris-project.com/) vor dem Hintergrund rechter Mobilisierung in Österreich sogar von einem neu losgetretenen symbolischen Kampf um den Begriff der Solidarität. Zu exkludierender Solidarität in Deutschland siehe auch das Promotionskolleg „Rechtspopulistische Sozialpolitik und exkludierende Solidarität" (2018-2021, https://promotionskolleg-rechtspopulismus.net/forschungsprogramm-lang).

2 Die Sternchen(*)-Schreibweise soll auf den Konstruktionsaspekt der Kategorie Frau verweisen und ist nicht als historisch-deskriptive Kategorie zu verstehen.

3 Bei ihrem Beitrag handelt es sich um ein überarbeitetes Kapitel aus bell hooks „Feminist Theory: From Margin to Center" (1984).

4 Wir bedanken uns herzlich bei den Gutachter*innen der Texte für ihre Einschätzungen der Beiträge und ihre hilfreichen Kommentare zur Überarbeitung.

Literatur

Adamczak, Bini, 2017: Beziehungsweise Revolution: 1917, 1968 und kommende. 2. Auflage. Berlin.

Allen, Amy, 1999: Solidarity after Identity Politics: Hannah Arendt and the Power of Feminist Theory. In: Philosophy & Social Criticism. 25 (1), 97-118.

Arendt, Hannah, 1994 (1965): Über die Revolution. München.

Bargetz, Brigitte, 2014: Jenseits emotionaler Eindeutigkeiten. Überlegungen zu einer politischen Grammatik der Gefühle. In: Baier, Angelika/Binswanger, Christa/Häberlein, Jana/Nay Eveline Y./Zimmermann, Andrea (Hg.): Affekt und Geschlecht: Eine einführende Anthologie. Wien, 117-136.

Bayertz, Kurt, 1998: Begriff und Problem der Solidarität. In: Bayertz, Kurt (Hg.): Solidarität: Begriff und Problem. Frankfurt/M., 11-53.

Bude, Heinz, 2019: Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee. München.

Butler, Judith, 2016: Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung. Berlin.

Dean, Jodi, 1995: Reflective Solidarity. In: Constellations. 1 (2), 114-140.

Dhawan, Nikita, 2009: Zwischen Empire und Empower: Dekolonisierung und Demokratisierung. In: Femina Politica. 18 (2), 52-63.

Dübgen, Franziska, 2014: Was ist gerecht? Kennzeichen einer transnationalen solidarischen Politik. Frankfurt/M.

Durkheim, Emile, 2012 (1902): Über soziale Arbeitsteilung: Studie über die Organisation höherer Gesellschaften. Frankfurt/M.

van Dyk, Silke, 2019: Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 69 (9-11), 25-32.

Featherstone, David, 2012: Solidarity. Hidden Histories and Geographies of Internationalism. London, New York.

Feministische Studien, 2015: Solidaritäten – theoretische Einsichten und soziales Handeln. Hg. Tanja Thomas und Ulla Wischermann. 33 (1).

Fink, Elisabeth/**Ruppert**, Uta 2009: Postkoloniale Differenzen über transnationale Feminismen. Eine Debatte zu den transnationalen Perspektiven von Chandra T. Mohanty und Gayatri C. Spivak. In: Femina Politica. 18 (2), 64-73.

Flecker, Jörg/**Altreiter**, Carina/**Schindler**, Saskja, 2018: Erfolg des Rechtspopulismus durch exkludierende Solidarität? Das Beispiel Österreich. In: Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hg.): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit, Verteilungskämpfe, populistische Revolte. Frankfurt/M., New York, 245-256.

Fraser, Nancy, 1994: Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht. Frankfurt/M.

Gould, Carole C., 2007: Transnational Solidarities. In: Journal of Social Philosophy. 38 (1), 148-164.

Große Kracht, Hermann-Josef, 2017: Solidarität und Solidarismus. Postliberale Suchbewegungen zur normativen Selbstverständigung moderner Gesellschaften. Bielefeld.

Günther, Jana, 2019: Fragile Solidaritäten. Klasse und Geschlecht in der britischen und deutschen Frauenbewegung. Hamburg.

Hark, Sabine/**Jaeggi**, Rahel/**Kerner**, Ina/**Meißner**, Hanna/**Saar**, Martin, 2015: Das umkämpfte Allgemeine und das neue Gemeinsame. Solidarität ohne Identität. In: Feministische Studien. 33 (1), 99-103.

Hemmings, Clare, 2012: Affective Solidarity. Feminist Reflexivity and Political Transformation. In: Feminist Theory. 13 (2), 147-161.

hooks, bell, 1986: Sisterhood: Political Solidarity between Women. In: Feminist Review. 23 (1), 125-138.

hooks, bell, 2000: Sisterhood is Still Powerful. In: hooks, bell: Feminism is for Everybody. Passionate Politics. Cambridge, MA, 13-18.

Kapur, Ratna, 2014: In the Aftermath of Critique We Are Not in Epistemic Free Fall: Human Rights, the Subaltern Subject, and Non-liberal Search for Freedom and Happiness. In: Law Critique. 25 (1), 25-45.

Kerner, Ina, 2019: Grenzen und Migration. Postkoloniale Perspektiven. Zeitschrift für Politikwissenschaft. 66 (2), 199-216.

Kneuer, Marianne/**Masala**, Carlo, 2015: Politische Solidarität. Vermessung eines weiten und unerschlossenen Feldes. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Sonderband 2014, Solidarität. Politikwissenschaftliche Zugänge zu einem vielschichtigen Begriff. Hg. Marianne Kneuer, Carlo Masala unter Mitarbeit von Sebastian Enskat, 7-25.

Koos, Sebastian, 2019: Crises and the Reconfiguration of Solidarities in Europe – Origins, Scope, Variations. In: European Societies. DOI: 10.1080/14616696.2019.1616797 (9.8.2019).

Kreisky, Eva, 1999: Brüderlichkeit und Solidarität. Maskuline Fahnenworte einer politischen Ethik der Moderne. In: Godenzi, Alberto (Hg.): Solidarität. Freiburg (CH), 29-111.

Kurz-Scherf, Ingrid/**Lepperhoff**, Julia/**Scheele**, Alexandra, 2009: Über formale Gleichheit und Gleichstellung hinaus. In: Kurz-Scherf/Lepperhoff/Scheele (Hg.): Feminismus, Kritik und Intervention. Münster, 7-22.

Lorde, Audre, 1983: There Is No Hierarchy of Oppressions. In: Bulletin: Homophobia and Education. 14 (3/4), 9.

Lorde, Audre, 1984: The Uses of Anger. In: Lorde, Audre: Sister Outsider: Essays and Speeches. Berkeley, 124-133.

Martínez, Elizabeth S., 1998: Seeing More than Black and White. In: Martínez, Elizabeth (Hg.): De Colores Means All of Us: Latina Views for a Multi-Colored Century. Cambridge, MA, 4-20.

Mbembe, Achille, 2017: Politik der Feindschaft. Berlin.

Mertlitsch, Kirstin, 2016: Sister – Cyborgs – Drags. Das Denken in Begriffspersonen der Gender Studies. Bielefeld.

Metz, Karl H., 1998: Solidarität und Geschichte. Institutionen und sozialer Begriff der Solidarität in Westeuropa im 19. Jahrhundert. In: Bayertz, Kurt (Hg.): Solidarität: Begriff und Problem. Frankfurt/M., 172-194.

Mohanty, Chandra Talpade, 1984: Under Western Eyes. Feminist Scholarship and Colonial Discourses. In: boundary 2. 12 (3), 333-358.

Mohanty, Chandra Talpade, 2003: „Under Western Eyes" Revisited: Feminist Solidarity through Anticapitalist Struggles. In: Signs. 28 (2), 499-535.

Poferl, Angelika, 2006: Solidarität ohne Grenzen? Probleme sozialer Ungleichheit und Teilhabe in transnationaler Perspektive. In: Rehberg, Karl-Siegbert (Hg.): Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Frankfurt/M., 311-325.

Prainsack, Barbara/**Buyx**, Alena, 2017: Solidarity in Biomedicine and Beyond. Cambridge.

Sauer, Birgit, 2013: „Putting Patriarchy in its Place". Zur Analysekompetenz der Regulationstheorie für Geschlechterverhältnisse. In: Atzmüller, Roland/Becker, Joachim/Brand, Ulrich/Oberndorfer, Lukas/Redak, Vanessa/Sablowski, Thomas (Hg.): Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie. Münster, 111-148.

Schmale, Wolfgang, 2017: European Solidarity: A Semantic History. In: European Review of History: Revue européenne d'histoire. 24 (6), 854-873.

Scholz, Sally J., 2008: Political Solidarity. University Park.

Spivak, Gayatri Chakravorty, 1988: Can the Subaltern Speak? In: Grossberg, Lawrence/Nelson, Cary (Hg.): Marxism and the Interpretation of Culture. Urbana (Illinois), 271-313.

Stjernø, Steinar, 2005: Solidarity in Europe. The History of an Idea. Cambridge et. al.

Wiedlack, Katharina/**Shoshanova**, Saltanat/**Godovannaya**, Masha (Hg.), 2019: Queer-Feminist Solidarity and the East/West Divide: Queering Paradigms VIII. Oxford et al.